

A N F R A G E von Martin Farner (FDP, Oberstammheim), Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Bedarf in den Gemeinden für familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter

Der Kanton Zürich erhebt seit dem Jahr 2004 das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zürich mit dem Kinderbetreuungsindex. Seit 2007 werden die Zahlen für den Vorschul- (0 bis 5 Jahre) und Schulbereich zusätzlich zum Kinderbetreuungsindex separat ausgewiesen (Vorschulindex und Schulindex). Das Volksschulamt hat im Jahr 2006 im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes die Gemeinden in einer einmaligen Erhebung über ihren Bedarf für schulergänzende Tagestrukturen befragt. Für den Vorschulbereich fehlt eine solche kantonale Bedarfsabklärung gänzlich.

Die gesetzliche Grundlage für die vorschulischen Betreuungsstrukturen sollen nach dem Willen der Regierung im Jugendhilfegesetz verankert werden. Danach sollen die Gemeinden ein «bedarfgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung und Frühförderung für Kinder im Vorschulalter» gewährleisten. Diese Gesetzesänderung, die den Gegenvorschlag der Regierung zur Kinderbetreuungsinitiative bildet, wurde am 8. Januar 2009 in die Vernehmlassung geschickt.

Um die quantitative Dimension des Ausbaus der Kinderbetreuungsstrukturen im Vorschulalter zu kennen und um verlässliches Zahlenmaterial für die Behandlung der Kinderbetreuungsinitiative und des Gegenvorschlags rechtzeitig zu kennen, müsste die Regierung dringend den Bedarf in den Gemeinden für familienergänzende Kinderbetreuungsplätze im Vorschulalter erheben.

Wir fragen den Regierungsrat deshalb an:

Kann eine solche Erhebung bei den Gemeinden zeitlich so durchgeführt werden, dass über die Kinderbetreuungsinitiative bzw. den Gegenvorschlag in Kenntnis des geschätzten Bedarfs entschieden werden kann?

Martin Farner
Johannes Zollinger
Julia Gerber Rüegg